



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

"Die Zukunft der CDU als moderne Volkspartei"

**Leitantrag zum 45. JU NRW-Tag
am 18. und 19. September 2010 in Wipperfürth**

Inhaltsverzeichnis

1. Neue Strukturen schaffen, vorhandene Strukturen verbessern!	6
2. Jugend stärken!	9
3. Unsere Basis stärken!	12
4. Kompetenzen stärken!	16
5. Unser Profil schärfen!	22
6. Zusammenhalt stärken – ein neues „WIR“-Gefühl!	26
7. Volkspartei bleiben!	28

Autoren: Henrik Bröckelmann, Georg Dietlein, Nathanael Liminski, Kristin Peitz, Alexander Scheufens, Hendrik Schmitz, Bernd Schulte, Michael Sendker

1 **Volkspartei CDU: Wer wir sind!**

2

3 **Unsere Herkunft**

4 Wir stehen als junge Christdemokraten in einer besonderen Tradition, auf die wir stolz sind.
5 Politisches Engagement in der CDU ist niemals ein Zufall. Nein, wer in der CDU mitmacht, hat
6 sich sehr bewusst für die Ideen und Werte entschieden, für die unsere CDU steht. Das war von
7 Anfang an so. Die Gründungsväter und –mütter der CDU haben aufgrund schrecklicher
8 historischer Erfahrungen von Totalitarismus, Nationalsozialismus und Krieg eine Volkspartei
9 gegründet, die sich immer gegen alle Formen der Unfreiheit wenden soll und zugleich das
10 Wohl des ganzen Landes im Blick hat – sie wollten eben keine Klientelpartei. Dabei haben sie
11 dieser Partei einen Namen gegeben, der für diese Ziele und Werte steht: Wir sind christlich
12 wertgebunden, dabei überkonfessionell, patriotisch und freiheitlich, solidarisch und sozial
13 verantwortungsbewusst. Diese Traditionen und dieses Fundament dürfen wir niemals aus den
14 Augen verlieren!

15

16 **Unsere Leistungen**

17 Dieses Fundament hat der CDU geholfen, immer die richtigen Entscheidungen für unser Land
18 zu treffen – auch wenn diese Entscheidungen nicht überall populär waren oder dem
19 angeblichen Zeitgeist widersprachen: Ohne die CDU und der sie prägenden Persönlichkeiten
20 gäbe es keine Westbindung, kein Wirtschaftswunder und keine soziale Marktwirtschaft. Hätte
21 die CDU nicht die Geschicke und die Zukunft Deutschlands bestimmt, wäre die Europäische
22 Einigung kein solcher Erfolg geworden, weder wäre die Freundschaft mit unseren
23 amerikanischen Partnern so unerschütterlich noch die Freundschaft mit unseren
24 französischen Nachbarn gegen alle historischen Wahrscheinlichkeiten so tief verankert. Ohne
25 CDU wäre der NATO-Doppelbeschluss nicht zustande gekommen, den Bedrohungen durch
26 den kommunistischen Totalitarismus haben wir stets entgegengestanden. Das Wichtigste
27 allerdings ist: Die CDU ist die Partei der Einheit. An der deutschen Einheit hat die CDU immer
28 festgehalten – während andere daran nicht mehr glauben wollten. Weil wir nie an der
29 Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigung zweifelten, konnte Helmut Kohl die große

30 historische Möglichkeit ergreifen und unsere Einheit vollenden. Das sind alle Gründe, die uns
31 stolz machen, Teil der CDU zu sein. Auch sind es Gründe, die uns darauf vertrauen lassen, dass
32 die CDU weiterhin die richtigen, wegweisenden Entscheidungen für die Zukunft unseres
33 Landes treffen wird. Was aber sind diese historischen Entscheidungen in unserer heutigen
34 Situation?

35

36 **Unsere Vorbilder**

37 Politik lebt nicht nur von Inhalten, sondern auch von der Authentizität der handelnden
38 Personen und vom Stil, den sie prägen. Hier hat die CDU große Persönlichkeiten
39 hervorgebracht, deren Namen mit wegweisenden Leistungen verbunden bleiben. Konrad
40 Adenauer ist Vater der Bundesrepublik und der europäischen Annäherung, Ludwig Erhard
41 Vater der sozialen Marktwirtschaft und des Wirtschaftswunders, Helmut Kohl Vater der
42 Einheit Deutschlands und Europas. Karl Arnold und Jakob Kaiser stehen für den christlichen
43 Sozialkonservatismus, der zum Markenkern der CDU gehört. Alfred Müller-Armack hat mit
44 Ludwig Erhard das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Theorie und Praxis geprägt – ein
45 deutsches Erfolgsmodell! Sie sind in ihrem Handeln Vorbilder für uns in der Jungen Union. Wir
46 wünschen uns, dass auch in der gegenwärtigen CDU sich an diesen großen Persönlichkeiten
47 ein Beispiel genommen wird – mehr als dies im Moment manchmal der Fall ist.

48

49 **Unsere heutige Situation**

50 Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien und deren
51 Problemlösungskompetenz schwindet seit Jahren und ist derzeit wohl auf einem Tiefpunkt
52 angelangt. Während 1983 laut einer Emnid-Umfrage noch 50% der Deutschen den Parteien
53 das Vertrauen aussprachen, antworteten in einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2009
54 nur noch 20% der Deutschen, dass sie den politischen Parteien eher vertrauen. Insbesondere
55 junge Menschen haben sich mittlerweile laut Shell-Jugendstudie 2006 auf erschreckende
56 Weise von der Politik entfremdet. 38% der 15- bis 25-jährigen sind mit der Demokratie in
57 Deutschland unzufrieden. Parteien genießen bei Jugendlichen das geringste Vertrauen aller
58 gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen. Selbst wenn zumindest eine knappe
59 Mehrheit der Jugendlichen davon ausgeht, dass man durch politisches Engagement Einfluss
60 nehmen kann, werden die wenigsten selbst politisch aktiv. Auch die Gesamtbevölkerung ist

61 trotz steigender Bereitschaft, sich freiwillig in der Gesellschaft einzubringen, immer weniger
62 bereit sich politisch zu engagieren.

63
64 Auch vor der CDU macht diese Entwicklung nicht halt. Immer weniger Menschen bekennen
65 sich durch eine Mitgliedschaft zur Union. Die alten Mitglieder sterben weg und es kommen zu
66 wenige junge nach – auch wenn die Mitgliederzahlen der Jungen Union derzeit erfreulich
67 stabil sind. Während die CDU bundesweit 1991 noch 751.163 Mitglieder hatte, sind es 2008
68 nur noch 528.972, ein Verlust von fast 30%. Gleiches gilt für den Landesverband Nordrhein-
69 Westfalen: Lag man 1991 mit 224.939 Mitgliedern noch weit über der 200.000er-Marke,
70 engagieren sich 2008 nur noch 165.506 Menschen in der CDU, ein Minus von 26,4%. Da
71 tröstet es wenig, dass die SPD ihre Mitglieder noch schneller verliert und die CDU nach
72 Nordrhein-Westfalen nun auch im Bund die mitgliederstärkste Partei ist.

73
74 Außerdem bildet die Mitgliederstruktur der CDU nicht die Sozialstruktur der Bevölkerung ab.
75 Frauen sind mit 25 % in der Mitgliedschaft genauso unterrepräsentiert, wie junge Menschen.
76 Mit einem Durchschnittsalter von 56 ist die CDU überaltert. 48% der Mitglieder sind 60 und
77 älter – 1991 waren es noch 29,6%. Nur 5,1% der Mitglieder sind unter 30 Jahre alt –
78 1991 waren es noch 6,8%. Offenbar hat auch die Union den Menschen in den vergangenen
79 Jahrzehnten kein attraktives Angebot gemacht, ihre Bereitschaft zum Engagement zu
80 befriedigen.

81
82 Neben den Mitgliedern haben sich auch die Wähler in erschreckender Weise von der Union
83 abgewandt. Mit nur 33,8% bei der Bundestagswahl 2009 ist die Union nun von der 40%-
84 Marke, deren Erreichen den Anspruch aufrecht erhalten würde, die einzig verbliebene
85 Volkspartei zu sein, soweit entfernt wie seit 1949 nicht mehr. Im Vergleich zur ersten
86 gesamtdeutschen Wahl 1990, bei der die CDU noch gut 17 Millionen Deutsche von der
87 Richtigkeit ihrer Politik überzeugen konnte, hat die CDU bundesweit nun nur noch gut 11,8
88 Millionen Zweitstimmen erreichen können. Das ist ein Verlust von gut 5 Millionen Stimmen
89 innerhalb von 18 Jahren. Auch bei der Landtagswahl 2010 zeigt sich ein ähnliches Bild: Mit
90 34,6% erreicht die CDU das schlechteste Landtagswahlergebnis aller Zeiten. In absoluten
91 Zahlen konnten nur 2,68 Millionen Stimmen für die CDU gewonnen werden. Mit Ausnahme

92 der Europawahlen 2004 und 2009 wurden in den letzten 35 Jahren nie weniger Wähler für die
93 CDU gewonnen. Noch 1983 konnten bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen mit 5,05
94 Millionen Wählern fast doppelt so viele Menschen für die Union begeistert werden.

95
96 Dies alles ist sicher auch Folge von gesellschaftlichen Entwicklungen, wie Individualisierung,
97 Medienwandel und Globalisierung. Doch die Parteien haben auch eine eigene Verantwortung.
98 Damit ist die derzeitige Krise der Volkspartei CDU vor allem auch eine Chance zum
99 Neuaufbruch.

100

101

102 **1. Neue Strukturen schaffen, vorhandene Strukturen verbessern!**

103 **1.1 Wir fordern: Raus aus der Parteiseifenblase!**

104 Als Volkspartei muss die CDU den Anspruch haben, die bestehende Lücke zwischen
105 Bürgergesellschaft und Politik wieder zu schließen. Dazu gehört, dass die CDU erster
106 Ansprechpartner und Anwalt für alle Anliegen sein muss, die der Bürger gegenüber Staat und
107 Kommunen hat. Eine „Arroganz der Macht“, also die Entfernung von den Problemen der
108 Bürger zwecks Machterhalts, darf es nicht geben. Die Union muss raus aus ihrer
109 Parteiseifenblase! Sie muss da sein, wo die Menschen sind. Hierzu muss die CDU auf die
110 neuen gesellschaftlichen Realitäten reagieren. Der vorpolitische Raum ist ein anderer als noch
111 vor 20 Jahren. Neben die klassischen gesellschaftlichen Akteure wie Sportvereine, Kirchen,
112 Schützenvereine und Gewerkschaften sind neue Formen politisch-sozialer Artikulation in
113 Netzwerken, Bürgerinitiativen und informellen Gruppen getreten, auf die die CDU zugehen
114 muss. Nur wenn sich die CDU stärker als bisher auch als Moderator des politischen
115 Willensbildungsprozesses mit vielen gleichberechtigten Akteuren und nicht nur als ihr
116 exklusiver Gestalter versteht, wird sie als Volkspartei künftig Mehrheiten für ihre Politik
117 gewinnen können. Gleichzeitig müssen möglichst viele Multiplikatoren für eine politische
118 Mitwirkung gewonnen werden. Denn nur eine Partei, die sich stets neu darum bemüht, bis in
119 alle erreichbaren gesellschaftlichen Gruppen hinein verankert zu sein, wird in Zukunft
120 überleben. Wir brauchen als CDU Mandats- und Funktionsträger aus allen gesellschaftlichen
121 Schichten, Alters- und Berufsgruppen sowie beiden Geschlechtern, um viel stärker in der
122 Bürgerschaft verankert zu sein.

123 **1.2 Wir fordern: Bürger besser ansprechen und einbinden!**

124 Die CDU, ihre Vereinigungen und Sonderorganisationen müssen sich neuen Formen der
125 Kommunikation und Arbeitsorganisation öffnen, um den Dialog mit den Bürgern zu beleben.
126 Regelmäßige Bürgersprechstunden sollten zum Pflichtprogramm für Abgeordnete und
127 Mitglieder der kommunalen Vertretungen gehören. Kreis-, Landes- und
128 Bundesfachausschüsse und Arbeitskreise vor Ort müssen für die Mitarbeit für externe
129 Experten geöffnet werden. Um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu
130 stärken, sollten flächendeckend und regelmäßig CDU-Bürgerzeitungen von den einzelnen
131 Untergliederungen herausgegeben werden.

132

133 **1.3 Wir fordern: Vor-Ort-Strukturen schärfen und Kampagnefähigkeit stärken!**

134 Die CDU ist die Kommunalpartei in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Viele Tausend
135 CDU-Mitglieder setzen sich Tag für Tag in den Vertretungen von Städten, Gemeinden und
136 Kreisen und in den Vorständen von Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden und
137 Kreisverbänden der CDU sowie in den Vereinigungen für das Allgemeinwohl ein. Vor Ort – in
138 den Städten und Gemeinden – wird jegliches politisches Handeln direkt für die Bürger
139 greifbar. Daher gilt es insbesondere die Strukturen unserer Partei vor Ort zu verbessern und
140 sie für eine Mitwirkung von neuen und vorhandenen Mitgliedern attraktiver zu gestalten.

141

142 Im Großen und Ganzen hat die CDU gute Strukturen auf allen Organisationsebenen. Die
143 Union ist flächendeckend präsent. Dennoch gilt es die vorhandenen Strukturen
144 weiterzuentwickeln, um auch künftig kampagnenfähig zu bleiben. Aufgrund der
145 demographischen Entwicklung wird künftig nicht in jedem Ort eine komplette CDU-Struktur
146 aufrechterhalten werden können. Auch in Großstädten muss die Union künftig überall
147 präsent sein. Wir dürfen den urbanen Raum nicht den Grünen überlassen. Daher ist zu
148 überlegen, ob einzelne Orte bzw. Stadtviertel durch Paten aus benachbarten
149 Orten/Stadtvierteln betreut werden können.

150

151 **1.4 Wir fordern Geschlossenheit vor Ort!**

152 Um ein einheitliches Erscheinungsbild der CDU zu gewährleisten, muss auf allen Ebenen das
153 Verhältnis zwischen Parteiverbänden und Fraktionen verbessert und die Arbeit enger

154 verzahnt werden. Auch die CDU-Bürgermeister müssen als wichtige Identifikationsfiguren für
155 die CDU stärker in die Parteiarbeit eingebunden werden. Es kann nicht sein, dass
156 Bürgermeister, die ihren Erfolg dem Einsatz der Partei verdanken, sich nach erfolgreicher
157 Wahl von der CDU distanzieren.

158

159 **1.5 Wir fordern: Innerparteiliche Kommunikation verbessern!**

160 In Zeiten von Massenkommunikationsmitteln und Informationsflut kommt es auch für die
161 innerparteiliche Kommunikation darauf an, dass Botschaften, direkt, individuell und
162 zielgruppenspezifisch vermittelt werden, damit die Empfänger diese überhaupt noch
163 wahrnehmen. Arbeitnehmer erwarten von der CDU andere Informationen als Rentner,
164 Alleinerziehende haben andere Interessen als mittelständische Unternehmer. Das betrifft die
165 Inhalte selbst, aber auch ihre Präsentation. Hierzu sind neben dem traditionellen Brief alle
166 Möglichkeiten der modernen Kommunikation zu nutzen: SMS, E-Mail, soziale Netzwerke, das
167 CDU-Mitgliedernetz etc.

168

169 Um ein einheitliches Erscheinungsbild und einen einheitlichen Informationsstand
170 sicherzustellen müssen Informationen, Positionen und Argumente in der modernen
171 Mediengesellschaft dabei möglichst schnell verfügbar sein. Außerdem gilt es, die neuen
172 Möglichkeiten nicht nur in eine Richtung zu nutzen: Bürger und Mitglieder wollen nicht nur
173 Informationen empfangen, sie suchen den Meinungsaustausch und die Beteiligung an der
174 Willensbildung. Daher muss bei allen Kommunikationsmöglichkeiten auch immer die
175 Möglichkeit einer Rückmeldung gegeben werden.

176

177 **1.6 Wir fordern: Frauen stärken!**

178 Trotz zahlreicher gut gemeinter Bemühungen ist es uns nicht gelungen über fünfzig Prozent
179 der Bürger in unsere Partei adäquat einzubinden. Frauen sind leider in unseren Gremien und
180 Fraktionen immer noch unterrepräsentiert. Hieran konnte auch die so genannte Frauenquote
181 nur wenig ändern. Sie ist sogar mittlerweile als kontraproduktiv und als Schwächung unserer
182 weiblichen Parteimitglieder anzusehen. Diese Regelung stellt Frauen unter Generalverdacht
183 nur zur Erreichung des Quorums in Amt und Mandat gekommen zu sein. Frauen müssen sich
184 heute in allen Lebensbereichen mit dem männlichen Geschlecht messen und beweisen in

185 Ausbildung, Studium und Beruf, dass sie diesen Test bestehen. Deshalb wollen sie auch
186 aufgrund ihrer persönlichen und nicht geschlechtlichen Eignung Verantwortung in der Partei
187 übernehmen, ohne mit dem antiquierten Stempel der „Quotenfrau“ versehen zu werden. Wir
188 fordern daher die Abschaffung der Frauenquote.

189

190

191 **2. Jugend stärken!**

192 **2.1 Wir fordern: Wer Volkspartei bleiben will, muss Jugendpartei werden!**

193 Was ist ein Land ohne eine starke Jugend? Ein Land ohne Zukunft! Genauso verhält es sich im
194 Parteiensystem. Und die CDU als die letzte verbleibende Volkspartei ist auf eine gut
195 organisierte und starke Jugendorganisation angewiesen, die Junge Union. Schließlich ist die
196 Junge Union von heute die CDU von morgen! Und nur durch gelungene Nachwuchsförderung
197 kann die CDU weiter als letzte Volkspartei bestehen. Überalterung der Partei und weitere
198 Folgen des demografischen Wandels müssen in diesem Zusammenhang auch angesprochen
199 und analysiert werden. Reflektiert man diese Bereiche nicht genügend, sieht es langfristig
200 düster aus mit dem Status der Volkspartei und Forderungen nach 40+X!

201

202 **2.2 Wir brauchen dringend eine Verjüngung der Partei und der Fraktionen!**

203 Der demografische Wandel zeigt uns klar und deutlich, dass es in Deutschland zusehends zu
204 einer Überalterung unserer Gesellschaft kommt. Diese Überalterung macht sich auch in der
205 CDU und den Fraktionen auf allen politischen Ebenen bemerkbar. So beträgt beispielsweise
206 das Durchschnittsalter eines CDU-Mitglieds 59,4 Jahre, in der Bundestagsfraktion ist der
207 durchschnittliche CDU-Abgeordnete 50 Jahre alt und das Durchschnittsalter in der
208 neugewählten CDU-Landtagsfraktion in NRW liegt bei 52 Jahren.

209

210 Natürlich ist es wichtig, dass in den Parlamenten Männer und Frauen sitzen, die einen
211 gewissen Erfahrungsschatz mitbringen. Wir sagen als Junge Union aber, dass gerade die
212 Mischung aus alt und jung die Grundvoraussetzung für gelungene Politik ist! Es kann nur im
213 Interesse der CDU sein, das wieder mehr junge Menschen für die CDU in die Parlamente
214 einziehen. Nur so bleiben wir Volks- und werden eben keine Rentnerpartei. Daher fordern wir

215 eine stärkere Einbindung junger Menschen in die Parteiarbeit und eine Verjüngung der
216 Fraktionen im Bund, im Land und in den Kommunen!

217

218 **2.3 Wir fordern Starthilfe für JUnge Kandidaten auf den Landeslisten!**

219 Die Junge Union war, ist und bleibt eine tragende und stets verlässliche Säule im Wahlkampf!
220 Nicht als „Plakatklebekolonnie“, sondern vielerorts als Hauptorganisator für den Wahlkampf
221 der CDU-Kandidaten ist die JU mitverantwortlich! Umso enttäuschender ist es dann, dass
222 Kandidaten der Jungen Union oft eine schlechte Ausgangsbasis bei Wahlen finden. Zum
223 Beispiel war die Landtagswahl im Mai die dritte Wahl in Folge (nach der Europawahl und der
224 Bundtagswahl 2009), ohne dass ein JU-Spitzenkandidat ins Parlament einziehen konnte. Die
225 schlechten Listenplatzierungen unserer Spitzenkandidaten sind enttäuschend und spiegeln
226 nicht die gute Arbeit der JU wider. Denn jüngere Kandidaten sind immer im Nachteil, weil sie
227 einen wesentlich geringen Bekanntheitsgrad als ältere Kandidaten besitzen. Ihre gute Arbeit
228 wird somit nicht genügend anerkannt.

229

230 Daher fordern wir: Die CDU muss eine Starthilfe für JUnge Kandidaten für die Landesliste
231 einführen. Unter den ersten fünf Plätzen der Landesliste muss jeweils ein vom JU-
232 Landesverband vorgeschlagener Kandidat vertreten sein. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der
233 JU-Landesvorstand einen satzungsrechtlichen Antrag für den nächsten CDU-Landesparteitag
234 vorbereiten. Eine solche Starthilfe auf Landesebene, die JUnge Kandidaten hilft, soll in einem
235 zweiten Schritt als Vorbild für die Reserveliste zu den kommunalen
236 Vertretungskörperschaften dienen.

237

238 **2.4 Wir fordern den benannten JU-Beisitzer auf allen Vorstandsebenen!**

239 Was für die Listenkandidaturen gilt, gilt umso mehr für Vorstandswahlen. Denn auch hier sind
240 junge Kandidaten prinzipiell benachteiligt, weil sie nicht den gleichen Bekanntheitsgrad wie
241 ihre älteren Mitbewerber besitzen können. Verschiedene Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und
242 Ortsverbände gleichen bereits diesen Nachteil für jüngere Kandidaten dadurch aus, dass sie
243 eigens einen auf ihren Vorstandswahlen einen benannten JU-Beisitzer wählen lassen. Das
244 bedeutet: Ein vom jeweiligen JU-Verband vorgeschlagener Kandidat stellt sich für dieses
245 Beisitzeramt zur Wahl. So ist garantiert, dass in diesen Vorständen immer auch die Stimme

246 der JU Gehör findet. Das wollen wir für alle CDU-Vorstände auf allen Vorstandsebenen
247 einführen. Nur wer jungen Menschen die Möglichkeit gibt, sich politisch zu bewähren, macht
248 politisches Engagement attraktiv. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der JU-Landesvorstand
249 einen satzungsrechtlichen Antrag für den nächsten CDU-Landesparteitag vorbereiten.

250

251 **2.5 Wir fordern: Nachwuchsförderung ausbauen!**

252 Eine Partei ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie auch an das Morgen und Übermorgen denkt!
253 Von daher ist eine breit angelegte Nachwuchsförderung essentiell wichtig. Daher fordern wir,
254 dass bestehende Nachwuchsförderprogramme ausgebaut werden. Zum Beispiel ist die von
255 der JU organisierte Seminarreihe „Fit fürs Mandat“ eine wichtige Hilfe für junge
256 Mandatsträger, um sich mit der Praxis der Kommunalpolitik vor Ort vertraut machen zu
257 können. Gerade für diese jungen, neu gewählten Vertreter der Stadt- und Gemeinderäte sind
258 solche Angebote unersetzlich. Wir fordern, dass das Programm „Fit fürs Mandat“ zu einer
259 „Zukunftsakademie für junge kommunale Mandatsträger“ ausgebaut wird. Dafür sollen JU, die
260 Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) und die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eng
261 zusammenarbeiten.

262

263 **2.6 Wir fordern: Ohne JU keine Nachwuchsförderung!**

264 Wenn über die Nachwuchsförderung für die CDU diskutiert wird, muss eines klar sein: Wir, die
265 Junge Union, sind nicht nur der inhaltliche, sondern auch der personelle Zukunftsmotor der
266 Partei. Eine Nachwuchsförderung ohne JU oder an uns vorbei, kann nicht erfolgreich sein! Wer
267 die JU aus der Parteinachwuchsförderung ausschließen will, möchte am liebsten rückgratslose
268 Karrieristen heranzüchten. Wir aber wollen den eigenständigen, meinungsstarken
269 Nachwuchspolitiker. Das kann nur die Junge Union garantieren. Nur durch die JU werden die
270 wichtigen Forderungen der jungen Menschen in unsere Gesellschaft in der CDU stark und
271 konsequent vertreten.

272

273 **2.7 Wir fordern: Konkurrenz Piratenpartei ernst nehmen!**

274 Was früher Spiel- oder Bolzplatz war, ist heute das Internet. Das World Wide Web findet
275 immer höheren Anklang – gerade unter Jugendlichen. Für uns als politische
276 Jugendorganisation ist es daher wichtig, dass wir auch stärker das Thema Netzpolitik

277 anpacken. Auch mit Blick auf die Zukunft wird der Bereich Netzpolitik für alle
278 Gesellschaftsbereiche immer wesentlicher. Bei den letzten beiden Wahlen entschieden sich
279 viele Erstwähler ihre Stimme der Piratenpartei zu geben. Hierdurch wird deutlich, dass die
280 CDU als Volkspartei in diesem Bereich stärker arbeiten muss. Wer Volkspartei sein will, muss
281 die Interessen der gesamten Bevölkerung wahrnehmen. Das Internet und die damit
282 verbundene Netzpolitik sind zweifelsohne Teil davon! Daher müssen wir als Junge Union uns
283 weiterhin ausführlich um dieses Thema kümmern und die CDU stärker darauf aufmerksam
284 machen. Das bedeutet inhaltlich z.B., dass sich die CDU gegen ein Verbot von so genannten
285 Killerspielen ausspricht und bei der Bekämpfung von illegalen Inhalten im Internet auf
286 „Löschen statt Sperren“ setzt. Zugleich müssen wir die Kommunikationsformen des Internets
287 wesentlich professioneller nutzen: Hier ist Qualität statt reiner Quantität gefordert.

288

289 **2.8 Wir fordern: Chancen der Migration für die Volkspartei CDU nutzen!**

290 Zu den demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft gehört nicht nur die
291 Überalterung, sondern auch die Migration. Jeder vierte Nordrhein-Westfale hat einen
292 Migrationshintergrund. Dieses Potential nutzen wir unzureichend. Zugleich ist es wichtig,
293 dass die CDU klar und eigenständig formuliert, für was sie steht: Nämlich eine offene und
294 tolerante Partei zu sein, die christliche Werte als Maßstab für politische Entscheidungen
295 nimmt. Wer sich mit diesen Werten – religionsübergreifend – identifiziert, ist in JU und CDU
296 herzlich willkommen! Somit sind wir offen für jeden, der sich zu unseren Prinzipien bekennt –
297 die biographische Herkunft spielt dabei keine Rolle. Denn Volkspartei zu sein bedeutet auch,
298 die berechtigten Anliegen der Menschen aus Einwanderfamilien in unsere inhaltlichen Ziele
299 zu integrieren. Wir laden diese Menschen herzlich ein, bei uns in der CDU mitzumachen.

300

301

302 **3. Unsere Basis stärken!**

303 **3.1 Wir fordern: Meinungsbildung von unten nach oben!**

304 Grundlage des politischen Handelns der CDU müssen das Grundsatzprogramm und die
305 Beschlüsse der entsprechenden Gremien, vor allem der Parteitage, sein. Impulse dürfen dabei
306 nicht einseitig gesetzt werden. Problematisch ist, wenn sich das tatsächliche Handeln von

307 Unionspolitikern erst ex-post in der Willensbildung der Partei wieder findet. Vielmehr ist
308 erforderlich, dass jegliches politisches Handeln von Repräsentanten der Union in der
309 Beschlusslage der Parteigremien seine Basis hat. Nur auf diese Weise hat das das einzelne
310 Parteimitglied eine Chance an der Willensbildung teilzuhaben und sich mit der Agenda seiner
311 Partei zu identifizieren. Wir fordern, diese Meinungsbildung von unten nach oben zu stärken
312 und auch in der Praxis Realität sein zu lassen: Nicht die Ansichten führender Repräsentanten
313 und Ministerien, sondern die demokratisch gefällten Beschlüsse der entsprechenden Gremien
314 müssen die politische Agenda der CDU bestimmen.

315
316 **3.2 Wir fordern: Repolitisierung der Verbände und ihrer Vorstände!**
317 Teilhabe an der Positionierung der Partei setzt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit
318 aktuellen politischen Fragen auf allen Ebenen voraus. So unterschiedlich die politischen
319 Motive und Beweggründe unserer Mitglieder auch sein mögen, so eint sie doch das Interesse
320 an politischen Fragestellungen. Dieses Interesse gilt es wach zu halten und innerparteilich
321 weiter auszubauen. Vorstandssitzungen dürfen sich nicht in dem Zweck erschöpfen, Termine
322 abzustimmen und/ oder verlängerter Arm der kommunalen Fraktionen sein. Diesbezüglich ist
323 auch die Wiedereinführung der kommunalen Doppelspitze diskussionswürdig.

324
325 Die Tagesordnungen der Sitzungen sollten daher stets aktuelle oder konzeptionelle
326 Diskussionspunkte aus Bundes- und Landespolitik enthalten. Dies kann auf Basis von
327 Arbeitsgruppen – auch unter Einbeziehung Dritter – erfolgen, darf in seiner weiteren
328 Behandlung jedoch nicht zu einem lediglichen „Abnicken“ führen. Auch wenn die Bundes- und
329 Landespartei durch Diskussionsanstöße den Verbänden eine Hilfestellung über die
330 Parteitagsanträge hinaus leisten kann, lebt dieser Prozess von unten. Jeder Funktionsträger
331 sollte sich in der Verantwortung sehen, inhaltliche Auseinandersetzungen in seinen Gremien
332 einzufordern und anzustoßen.

333
334 **3.3 Wir fordern: Innerparteiliche Diskussionskultur stärken!**
335 Die Union muss wieder zu einer diskutierenden Partei werden. Dazu müssen die Gremien –
336 insbesondere Parteitage und Mitgliederversammlungen, aber auch die Vorstände – wieder
337 verstärkt für die inhaltliche Diskussion genutzt werden. Sie müssen spannende und auch für

338 Nichtmitglieder interessante Veranstaltungen sein. Deshalb sollten
339 Geschäftsordnungsabläufe und Grußworte so wenig Zeit wie nötig in Anspruch nehmen. Ziel
340 muss es sein, Parteitage und Mitgliederversammlungen zu entritualisieren und der
341 inhaltlichen Diskussion breiteren Raum zu verschaffen. Um in Mitgliederveranstaltungen
342 mehr Raum für die politische Diskussion und die Anliegen der Mitglieder zu gewinnen, sollten
343 diese auch von den zahlreichen und oft als ermüdend empfundenen Wahlverpflichtungen
344 entlastet werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert, den im
345 Parteiengesetz vorgeschriebenen Wahlzyklus von zwei auf drei Jahre zu erhöhen. Insgesamt
346 dürfen Veranstaltungen nicht als "closed shop" gelten: der offene Marktplatz ist das
347 zukunftssträchtige Modell. Sitzungszeiten von Parteitagen und kommunalen Gremien sind so
348 anzupassen, dass es möglichst vielen – insbesondere Frauen, Arbeitnehmern und
349 Selbständigen – besser ermöglicht wird, sich politisch zu engagieren.

350

351 Hohes Interesse haben Mitglieder und Nichtmitglieder vor allem an Fragen, die das eigene
352 Lebensumfeld am Wohnort – also die Kommunalpolitik – betreffen:
353 Schulentwicklungsplanung, Kinderbetreuung Verkehrsprojekte, Bebauungspläne, lokale
354 Wirtschaftsförderung, örtliches Kulturangebot usw. Die Diskussion über Kommunalpolitik
355 muss daher wieder gestärkt werden: Mitglieder müssen die Möglichkeit haben, bei wichtigen
356 kommunalpolitischen Fragen mitzuentcheiden. Aber auch für diejenigen Mitglieder, die ein
357 besonderes Interesse an Landes-, Bundes- und internationaler Politik haben, müssen
358 Angebote vor Ort oder in den Kreisverbänden geschaffen werden.

359

360 **3.4 Wir fordern: Regionalkonferenzen und Urwahlen stärken!**

361 Regionalkonferenzen, an denen alle Funktionsträger und interessierten Mitglieder teilnehmen
362 können, sollen nicht nur zur Verabschiedung bzw. Verteidigung eines neuen
363 Grundsatzprogramms anberaumt werden, sondern regelmäßig durchgeführt werden. Damit
364 wird sichergestellt, dass die Parteispitze den direkten Draht zu ihren Mitgliedern nicht verliert
365 und diesen auch institutionell eine direkte Meinungsäußerung gewährt wird.

366

367 Das Erscheinungsbild und die Identifikationskraft der Partei hängen im Wesentlichen von
368 zwei Faktoren ab – den Positionen und den Personen. Damit der Basis auch beim zweiten

369 Punkt eine größere Mitsprache gewährt wird, soll stärker von dem Instrument der Urwahl und
370 mitgliederoffenen Wahlen von Vorständen und Wahlkreiskandidaten Gebrauch gemacht
371 werden.

372

373 **3.5 Wir fordern: Neue Wege in den Ortsverbänden!**

374 Kern unserer Partei sind die Ortsverbände: Hier werden neue Mitglieder geworben und
375 langfristig gebunden. Hier erfahren Spitzenpolitiker, welche Fragen und Sorgen die Basis der
376 Partei bewegen. Ohne diese Ortsverbandskultur verliert eine Partei ihre Wurzeln. Politik muss
377 von unten nach oben bestimmt werden. Deshalb gelten die zuvor gestellten Forderungen
378 auch für unsere kleinste aber dafür umso wichtigere Ebene.

379

380 Zur Wahrung ihrer eigenen Bedeutung müssen die Ortsverbände jedoch auch wagen neue
381 Wege zu bestreiten. Die Vorstände müssen raus aus den Hinterzimmern und offen für alle,
382 insbesondere auch Neumitglieder, sein. Außerdem gilt es, möglichst viele Bürger an unsere
383 Partei heranzuführen und – ggf. auch nur themenspezifisch – mitarbeiten zu lassen. Es muss
384 unser Ziel sein, dass engagierte Bürger keine Bewegungen oder Initiativen mehr gründen
385 müssen, um sich für ein Anliegen vor Ort einzusetzen, sondern dass dies auch in ihrer
386 örtlichen CDU möglich gemacht wird.

387

388 **3.6 Wir fordern: Bessere Hilfestellungen für neue Funktionsträger vor Ort!**

389 Da viele Funktionsträger heutzutage sehr unerfahren in „Amt und Würden“ kommen,
390 benötigen wir für die Arbeit vor Ort ein Funktionsträger-Handbuch, das insbesondere neuen
391 Ortsvorsitzenden eine rechtliche und organisatorische Hilfestellungen sowie Anregungen für
392 die inhaltliche Arbeit gibt. Insbesondere vor Ort gilt es die Professionalität der Parteiarbeit
393 und die Kampagnefähigkeit deutlich zu erhöhen.

394

395 **3.7 Wir fordern: Mehrwert einer Parteimitgliedschaft!**

396 Die Mitgliedschaft in einer Partei ist kein Austausch von Leistung und Gegenleistung. Zwar
397 entrichten unsere Mitglieder finanzielle Beiträge – der persönliche Einsatz, den sie darüber
398 hinaus erbringen, ist jedoch oft um ein Vielfaches höher. Dies gilt es auch entsprechend
399 wertzuschätzen. Für ihr Engagement erwarten unsere Mitglieder kein Äquivalent als

400 Gegenleistung – eine Parteimitgliedschaft ist kein Theaterabo. Sie wollen sich aber durch die
401 politische Spitze entsprechend vertreten fühlen und durch ihre Mitgliedschaft daran
402 teilhaben. Gerade in derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten muss die CDU daher den
403 Mehrwert einer Parteimitgliedschaft untermauern und durch eine verstärkte Einbeziehung
404 der Basis fördern.

405
406

407 **4. Kompetenzen stärken!**

408 **4.1 Wir fordern: Die Potentiale unserer Mitglieder nutzen!**

409 Die Mitglieder der CDU bringen nicht nur unterschiedliche Lebensentwürfe und
410 Politikansätze mit in die Partei, sondern auch Lebenserfahrung und unterschiedlichste
411 Kompetenzen. Die bisherigen Strukturen machen von diesem Kapital an Kompetenz nur
412 wenig Gebrauch. Der allgemeine Aufruf zur Mitarbeit verhallt angesichts negativer Erlebnisse
413 in allzu festgefahrenen Verfahrensmustern und Beziehungsnetzwerken. Neben neuen
414 Anläufen für eine verstärkte Kommunikation in den vopolitischen Raum braucht es neue
415 Ansätze, die Mitglieder stärker in die politische Meinungs- und Willensbildung der Partei
416 einzubeziehen.

417

418 **4.2 Wir fordern: Projektbezogene Mitarbeit stärken!**

419 Die Feststellung, dass ehrenamtliches Engagement zunehmend projektbezogen und
420 abnehmend in festen Vereinsstrukturen stattfindet, ist mittlerweile ein Allgemeinplatz und
421 gilt für fast alle Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements. Die CDU hat darauf
422 mit ihren Maßnahmen im Rahmen von Wahlkämpfen bisher nur unzureichend eine Antwort
423 gefunden, außerhalb der Wahlkampfzeiten konnten Bemühungen in diese Richtung keine
424 nennenswerte Bekanntheit erlangen und keinen spürbaren Wirkungsgrad erreichen.

425

426 Die Bilanz fällt daher ernüchternd aus: Kurzzeitige Kampagnen im Vorfeld von Wahlkämpfen
427 hatten nicht selten lediglich Strohfeuer-Charakter. Das Ausmaß, in dem es gelungen ist, die in
428 diesen Aktionen engagierten Bürgerinnen und Bürger für eine dauerhafte Mitarbeit in der
429 parteiinternen Willensbildung zu gewinnen, fiel deutlich geringer aus als erhofft. Zur

430 ehrlichen Analyse gehört auch die Feststellung, dass viele Aktionen, die explizit außerhalb der
431 Partei platziert werden sollten, nur durch den Beitritt und das Engagement von Mitgliedern
432 der CDU und der Jungen Union aufgefangen und in ihrem Bestand gesichert werden konnten.

433
434 Die Steigerung der parteiinternen Kompetenz zur Erkennung von gesellschaftlichen und
435 politischen Problemlagen sowie zur Entwicklung von Lösungsansätzen sollte nicht im
436 Zusammenhang mit Wahlkämpfen stattfinden, da dies falsche Parameter zur Beurteilung von
437 Sinn und Unsinn der entsprechenden Maßnahmen setzt. Ziel aller im Folgenden aufgeführten
438 Ansätze ist nicht die Wahlkampfwerbung, sondern die Sicherung des gesellschaftlichen
439 Beitrags der CDU als Volkspartei. Eine CDU, die ihren Mehrwert glaubhaft vermitteln kann,
440 gewinnt von selbst an Attraktivität und Überzeugungskraft.

441

442 **4.3 Wir fordern: Fachkonferenzen etablieren!**

443 Das Mittel der Fachkonferenzen wird von CDU-Verbänden auf den verschiedenen Ebenen
444 immer wieder erfolgreich angewandt. Der Erfolg ist dabei sehr unterschiedlich. Bereits bei der
445 Beurteilung von Erfolg oder Nichterfolg zeigt sich bereits, inwieweit das Instrument
446 „Fachkonferenz“ sinnvoll eingesetzt wird:

447 • Es ist nicht das Ziel von Fachkonferenzen, in der parteitagsfreien Zeit eine ähnliche
448 Öffentlichkeitswirkung wie die offiziellen Parteiversammlungen zu erzielen. Diese
449 Vorstellung ist vor dem Hintergrund der medialen Konzentration auf Personen und
450 Köpfe zu verwerfen.

451 • Fachkonferenzen sollen nicht primär dazu dienen, möglichst viele Mitglieder zu
452 versammeln und damit eine weitere Größe im alljährlichen Rechenschaftsbericht von
453 Vorständen und Geschäftsstellen darzustellen. Fachkonferenzen sind nicht zur
454 Unterhaltung der Parteibasis gedacht.

455 • Fachkonferenzen sind nicht dafür gedacht, bereits gefällte Parteibeschlüsse möglichst
456 öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und die Besucher des jeweiligen
457 Fachkongresses dafür als brauchbare Kulisse zu benutzen.

458

459 Fachkonferenzen sind Diskussionsforen. Sie dienen zum ersten der politischen Bildung der
460 Teilnehmer, zum zweiten der Meinungsbildung der Parteimitglieder und zum dritten der
461 politisch formulierten Willensbildung der CDU. Um diesen hohen Anspruch zu erfüllen,
462 braucht es verschiedene Voraussetzungen:

- 463 • Fachkonferenzen sollen konkrete politische oder gesellschaftliche Probleme
464 thematisieren. Allzu allgemein formulierte programmatische Ansätze dienen genauso
465 wenig wie Wahlkampflogos als Titel und Programm für einen Fachkongress. Um die
466 Ergebnisoffenheit zu garantieren, sollte von vorformulierten Beschlusspapieren
467 abgesehen werden. Dennoch sollte eine Fachkonferenz darauf angelegt sein, konkrete
468 Handlungsansätze als Ergebnis der Tagung zu entwickeln und zu formulieren.
- 469 • Fachkonferenzen wenden sich an alle politisch interessierten Bürger, im Besonderen
470 jedoch an die interessierte Öffentlichkeit des behandelten Themengebiets. Die
471 Teilnehmerzahl ist also weniger Ausschlag gebend als die fachliche Qualifikation der
472 Teilnehmer. Weniger kann hier mehr sein. Dazu braucht es eine gezielte Ansprache der
473 Fachkreise im Vorfeld.
- 474 • Fachkonferenzen finden dort statt, wo das thematisierte Problem in besonders
475 ausgeprägter Form zu beobachten ist. Dafür verlassen die Teilnehmer des
476 Fachkongresses das gewohnte Umfeld und das politische Raumschiff Düsseldorf. Nur
477 vor Ort kann es zu einem nachhaltigen Abgleich zwischen der gesellschaftlichen
478 Realität und politischen Lösungsansätzen kommen.

479

480 **4.4 Wir fordern: Weitsichtige Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)!**

481 Die politischen Stiftungen sind nicht Teil der politischen Parteien. Was manche als
482 Strukturproblem für die Intensivierung der Zusammenarbeit im Sinne der politischen
483 Meinungs- und Willensbildung betrachten, schafft anders betrachtet günstige
484 Voraussetzungen für eine gegenseitige Ergänzung, die im Interesse der Bürger und des
485 Landes, aber auch der CDU liegt.

486

487 Die KAS kann im besten Sinne des Wortes ein „Think Tank“ für bürgerliche Politikansätze sein,
488 genauso wie es die anderen politischen Stiftungen für Politikansätze des übrigen politischen

489 Spektrums sein können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss die KAS jedoch ein
490 eigenständiges Profil entwickeln, das sich nicht nur von den anderen Stiftungen, sondern auch
491 von der CDU in ausreichendem Maße absetzt. Für die Formulierung programmatischer
492 Ansätze ist die CDU selbst verantwortlich – die KAS hingegen kann durch geeignete Dialog-
493 Formate den Realitäts-Check und die Evaluierung solcher Politikansätze mit dem
494 gebührenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Abstand leisten.

495
496 Über die KAS kann es der CDU nachhaltiger als bisher gelingen, Anschluss an die
497 gesellschaftliche Entwicklung zu halten und Menschen zu erreichen, die sich von den
498 Angeboten der Parteien selbst nicht angesprochen fühlen. Als konkrete Maßnahmen bieten
499 sich daher an:

500
501 Unter dem Stichwort „Politik-Beratung“ erscheint es sinnvoll, nachzudenken über die
502 Einberufung von Expertenkommissionen, die politische Maßnahmen mit Blick auf die
503 Herausforderungen, die im politischen Alltag häufig als „Querschnittsaufgabe“ bezeichnet
504 werden und damit der politischen Verantwortungslosigkeit anheim fallen, diskutieren,
505 bewerten und daraus konkrete politische Beratungsdienstleistungen ableiten:

- 506 • der Demographische Wandel und seine Folgen für Infrastruktur, Sozialsysteme und
507 Innovationsklima;
- 508 • das Prinzip der Generationengerechtigkeit und sein Anspruch an Schuldenpolitik,
509 Sozialsysteme und langfristige Umwelt- und Wirtschaftspolitik;
- 510 • die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und daraus folgende Implikationen
511 für Integrations-, Familien- und Bildungspolitik sowie andere Felder der
512 Gesellschaftspolitik.

513
514 Zum Stichwort „Politische Bildung der CDU-Mitglieder“ empfiehlt sich die Schaffung von
515 gezielten Bildungsangeboten für die ehrenamtlich engagierten CDU-Mitglieder auf den
516 verschiedenen Ebenen politischer Mitwirkung. Dabei muss zentrale Zielsetzung sein, den
517 Teilnehmern „den Blick über den Tellerrand“ zu ermöglichen und nahe zu legen.

518

519 Zum Stichwort „Öffentlichkeit und Diskurs-Kultur“ bietet sich die Organisation von
520 hochkarätigen Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen vor Ort an. Wenn in einer
521 Gemeinde ein spezielles Thema (Bsp.: der Bau einer Moschee) diskutiert wird, empfiehlt es
522 sich, dass die KAS vor Ort Experten und Interessenvertreter zusammenbringt, um die
523 politische Auseinandersetzung zu bereichern und dadurch Willensbildung zu ermöglichen. Die
524 Parteiapparate sind hierzu zum einen nicht mit ausreichenden Kapazitäten ausgestattet, zum
525 anderen ermöglicht die KAS eine weniger stark parteipolitische Ausrichtung der
526 Veranstaltung bereits bei Konzeption und Organisation. Die inhaltliche Einbindung von vor
527 Ort studierenden Stipendiaten bietet sich hier an.

528

529 **4.5 Wir fordern: Zielorientierter Einsatz neuer Medien!**

530 Das Potential der neuen Medien und die mit ihnen verbundenen Möglichkeiten der sozialen
531 Netzwerke wurden von der CDU bereits erkannt. Die bisherigen Ansätze internetgestützter
532 Parteiarbeit sind jedoch ausbaufähig.

533

534 Viele Internet-Angebote der CDU sind reine Präsenz-Angebote. Die Zahl der Internetseiten
535 häuft sich ebenso wie die Anzahl von Politiker-Profilen in sämtlichen sozialen Netzwerken.
536 Eine ähnliche Durchschlagskraft wie in den Wahlkämpfen und der Organisation etwa
537 amerikanischer Parteien konnte man bisher nicht erreichen. Dies liegt zum einen sicherlich in
538 der unterschiedlichen politischen Kultur begründet, hat aber zum anderen auch mit der
539 unterschiedlichen Anwendung durch die Parteien zu tun.

540

541 Die Stärke der neuen Medien liegt weniger in der Präsenz als vielmehr in der potentiellen
542 Interaktivität. Der Grad des andauernden Dialogs und des damit einhergehenden Austauschs
543 ist bisher relativ gering. Die CDU muss klarstellen, dass sie den Zugewinn an Öffentlichkeit
544 und Transparenz begrüßt und zu ihm beitragen will. Daher sollte sich die CDU darauf
545 konzentrieren, für bestehende Online-Angebote (youtube, Flickr, Twitter, Facebook,
546 studiVZ/meinVZ, abgeordnetenwatch.de) überzeugende Inhalte zu generieren, statt eigene
547 Plattformen zu schaffen, die nur von einem kleinen Teil der parteinahen Internetnutzer
548 aufgesucht werden.

549

550 Folgende Maßnahmen bieten sich für die CDU an, erheben in diesem weiten Betätigungsfeld
551 aber nicht den Anspruch der Vollständigkeit:

- 552 • Das Angebot an Kontaktmöglichkeiten über das Internet muss übersichtlich bleiben.
553 Die CDU braucht ein in sich abgestimmtes Internetkonzept, in das aufkommende
554 Ereignisse, Themendiskurse und Kampagnen adäquat eingebunden werden können.
555 Ziel muss es sein, dauerhaft Internetseiten als Marken zu prägen, deren laufende
556 Erneuerung es überflüssig macht, für jeden Anlass eine neue Internetseite konzipieren
557 und bewerben zu müssen.
- 558 • Bei der Konzipierung neuer Internetangebote muss feststehen, wie konkrete
559 Ergebnisse der zukünftigen Kommunikation aussehen können. Nichts ist schädlicher
560 als Diskussionsforen, deren Mitglieder bald den Eindruck gewinnen, nicht gehört zu
561 werden und für die Herstellung einer „Schein-Transparenz“ gebraucht worden zu sein.
- 562 • Amts- und Mandatsträger der CDU müssen mit Blick auf ihre Tätigkeiten in den
563 sozialen Netzwerken besser geschult werden. Jeder Mandatsträger repräsentiert auch
564 die CDU als Ganzes. Während die Einrichtung des Profils bei manchen Mandatsträgern
565 die einzige Aktivität auf den entsprechenden Profelseiten bleibt, überfordern andere
566 Mandatsträger die Netz-Community durch Informationen ohne jede Relevanz. Das
567 Ergebnis ist eine Übersättigung und der Eindruck, es solle einem etwas „verkauft“
568 werden. Die Erfahrungen mit sozialen Netzwerken sind mittlerweile so weit gediehen,
569 dass man aus ihnen konkrete Beratungsansätze für die Amts- und Mandatsträger
570 ableiten kann.

571

572 **4.6 Wir fordern: Gründung eines CDU-Netzbeirates!**

573 Das Internet ist mehr als ein revolutionär modernes Kommunikationsmittel. Es ist ein – nicht
574 nur für junge Menschen – das private wie öffentliche Leben verändernde Form, sich zu
575 informieren und zu recherchieren, sich auszutauschen und Kontakte zu knüpfen, Freizeit zu
576 gestalten und selbst kreativ zu werden. Internetkompetenz ist daher eine der wichtigsten
577 Kompetenzen für Parteien, um nahe bei den Menschen zu sein. Der Erfolg der Piratenpartei,
578 vorwiegend in der jüngeren Bevölkerung, ist keineswegs so überraschend, wie mancher meint.
579 Die CDU muss nicht nur sich der Internetthematik verstärkt zuwenden – nein, sie muss die

580 Internetpartei werden! Deshalb verlangt die JU, dass die CDU in NRW einen Netzbeirat
581 gründet. Dabei bedeutet Internetkompetenz nicht nur, sich mit dieser Kommunikationsform
582 intensiv auseinanderzusetzen, sondern insbesondere Lösungen zu wichtigen, neuen
583 inhaltlichen Fragen zu finden: z.B. zu Themen des Jugendschutzes, des Verbraucherschutzes,
584 des Urheberrechts und der Internetkriminalität. Im CDU-Netzbeirat sollen neben
585 Fachpolitikern auch Vertreter der JU, Fachleute der KAS und externe Experten vertreten sein.
586 Er soll mit dem vor kurzem gegründeten CSU-Netzbeirat eng zusammenarbeiten.

587

588

589 **5. Unser Profil schärfen!**

590 **5.1 Wir fordern: Die CDU muss ihren Parteinamen ernst nehmen!**

591 Die Gründungsväter und -mütter der CDU haben ihrer Partei einen programmatischen
592 Namen gegeben. Die Buchstaben C,D und U bilden zusammen mehr als nur ein Kürzel. Sie
593 stehen für den Geist und das Fundament, aus dem und auf dem wir die Gesellschaftsordnung
594 unseres Vaterlandes gestalten wollen. Jeder Buchstabe ist dabei unersetzlich. Jeder Buchstabe
595 muss gleichermaßen ernst genommen werden. Jeder Buchstabe repräsentiert einen
596 Markenkern und eine Wurzel unserer Partei. Diese Wurzeln dürfen dabei niemals isoliert
597 gesehen werden: Die CDU ist die Partei der Mitte – ohne jede Mittelmäßigkeit. Ihr Konsens
598 liegt in der Mitte der Gesellschaft, hängt nicht von schwankenden Stimmungsbildern ab. Nur
599 wenn jeder Buchstabe im Parteinamen CDU in der politischen Praxis verwirklicht wird, ist
600 Erfolg als Volkspartei möglich: Nicht allein um Mehrheitsfähigkeit herzustellen, ohne die jeder
601 politischer Gestaltungswille frommer Wunsch bliebe, sondern der Wahrheiten wegen, denen
602 wir uns verpflichtet fühlen und die unser Parteiname CDU verkörpert. Wir wissen: Gerade in
603 einer pluralistischen Welt braucht es feste Prinzipien, eine gemeinsame Leitkultur!

604

605 **5.2 Wir wissen: Ohne das C keine CDU!**

606 Das C im Parteinamen CDU steht für das christliche Menschenbild, auf dem sich alle unsere
607 Überzeugungen gründen. Wir haben eine christlich wertgebundene, prinzipientreue
608 Orientierung, einen Leitfaden für alle unsere politischen Entscheidungen. Dieses
609 Wertefundament ist für uns nicht verhandelbar! Wir müssen als Christdemokraten eine klare,

610 unzweifelhafte Haltung zeigen, wenn es um die Würde des Individuums geht, z.B. in unseren
611 Entscheidungen zu Abtreibung und Lebensschutz. Mit dem C bezeugen wir zugleich unseren
612 tiefen Respekt vor Glaube, Tradition und kirchlichen Institutionen. Wir wollen den
613 säkularisierten Staat, keinen laizistischen. Das C verpflichtet uns zu sozialer Verantwortung
614 und zur Achtung vor der Schöpfung. Unsere wichtigste Inspiration ist hierbei die christliche
615 Soziallehre. Deshalb ist der Gottesbezug in einer künftigen europäischen Verfassung mehr als
616 ein symbolischer Satz: Er zeigt, dass jedes politische Handeln sich letztlich vor Gott zu
617 verantworten hat. Das ist der Grund, warum ein Gottesbezug in der Verfassung für uns so
618 wichtig ist. Das ist auch der Grund, warum wir uns dafür einsetzen, dass das christliche
619 Symbol des Kreuzes weiterhin im öffentlichen Raum präsent sein muss. Mit dem C im
620 Parteinamen wenden wir uns gegen Atheismus, gegen Relativismus und Materialismus des
621 angeblichen Zeitgeistes. Jeder Mensch ist für uns immer wesentlich mehr als die Summe
622 seiner biologischen Eigenschaften und seiner ökonomischen Funktion.

623

624 **5.3 Wir wissen: Ohne das D keine CDU!**

625 Das D steht für die demokratisch-freiheitliche Gesellschaftsordnung. Freiheit ist der Baustein
626 unserer Gesellschaft! Diese Freiheit garantiert nicht nur unumstößliche Rechte jedes
627 Menschen, sondern nimmt jeden von uns auch in die Pflicht: Wir sind zu Verantwortung und
628 Eigenverantwortung aufgerufen. Wir haben somit nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten:
629 Pflichten, der Gemeinschaft gegenüber, und auch die Pflicht, Verantwortung für uns selbst zu
630 übernehmen. Kluge Politik fördert dies durch Anreize: Wir stehen für einen Staat, der Leistung
631 belohnt! Kreativität, Unternehmensegeist und Risikobereitschaft wollen wir fördern –
632 besonders im Mittelstand. Wir brauchen und wollen keinen Zentralstaat, der alles plant und
633 kontrolliert: Subsidiarität und Föderalismus sind für uns wesentliche Bedingungen, die eine
634 freiheitliche und funktionierende Gesellschaftsordnung garantieren. Hier prägt uns der
635 Ordoliberalismus und das Konzept der sozialen Marktwirtschaft – ein deutsches
636 Erfolgsmodell! Mit dem D im Parteinamen wenden wir uns gegen die Idee des
637 Versorgungsstaates, der den Menschen nichts zutraut, gegen staatliche Bevormundung und
638 gegen Kollektivismus und linke Gleichmacherei, wie es der SPD sowie Teilen der Grünen und
639 in extremistischer Weise der antidemokratischen SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“
640 vorschwebt.

641 **5.4 Wir wissen: Ohne das U keine CDU!**

642 Das U im Parteinamen CDU verkörpert den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Von Anfang
643 an stand es zugleich für unser Festhalten an der Einheit unseres Vaterlandes: Diesen
644 historischen Auftrag haben wir erfüllt! Neben der staatlichen Einheit war für die CDU immer
645 auch die innere Zusammengehörigkeit unserer Gesellschaft Auftrag unseres politischen
646 Handelns. Wir wissen: Wir haben Verantwortung füreinander! Freiheit ohne Solidarität führt
647 in die Ellbogengesellschaft. Solidarität ist der Kitt unserer Gesellschaft! Der soziale Friede ist
648 ein hohes Gut. Deshalb muss Politik immer sozial verantwortlich handeln: Unsere Idee vom
649 Staat ist der Sozialstaat. Kluge Sozial- und Wirtschaftspolitik verliert die allgemeine Wohlfahrt
650 nie aus dem Auge. Die Bürger müssen wieder wissen: Die CDU steht für einen Staat, der
651 belohnt, wenn ich Leistung zeige, und der hilft, wenn ich Hilfe brauche. Mit dem U im
652 Parteinamen wenden wir uns gegen einen radikalen Individualismus und Egoismus, gegen
653 eine Politik, die reine Klientelpolitik ist und nicht das Ganze im Blick hat. Dadurch grenzen wir
654 uns auch deutlich von der FDP ab. Denn ihren Laissez-faire-Liberalismus lehnen wir ab,
655 genauso wie ihre Idee vom mitleidslosen Minimalstaat, der sich für die Schwachen der
656 Gesellschaft nicht verantwortlich fühlt.

657

658 **5.5 Wir fordern: Die Parteiflügel wieder als Denkfabriken nutzen!**

659 Die Parteiflügel waren einmal Denkfabriken für die CDU, nicht nur personelle Netzwerke. Das
660 ist eine Chance, die wir wieder nutzen müssen. Unsere Programmatik beruht auf Konzepten,
661 die immer noch hockaktuell sind: der katholischen Soziallehre wie der evangelischen
662 Sozialethik, der sozialen Marktwirtschaft, dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule und
663 der Idee des aufgeklärten Wertekonservativismus. Jedes Konzept ist jedoch nur so lange von
664 lebendiger und gestalterischer Kraft, wie es unter den veränderten Bedingungen der
665 Gegenwart neu durchdacht wird. Dazu brauchen wir die Parteiflügel. Sie müssen wieder
666 kreative Denkfabriken werden. Dabei muss klar sein: Über die tagesaktuelle Programmatik
667 hinaus zu denken, muss nicht nur erlaubt, sondern gewünscht sein!

668

669 **5.6 Wir fordern: Unsere Politiker müssen authentisch sein!**

670 Jedes theoretische Modell ist nur so gut wie seine praktische Umsetzung und wie die, die
671 dafür in der politischen Praxis stehen: Denn wer Wähler für seine Inhalte begeistern will, muss

672 selbst überzeugt und überzeugend sein. Authentisch ist nur, wer weiß, wofür er steht, wer
673 sagt, was er denkt, und wer tut, was er sagt. Politik gilt als die Kunst des Machbaren – aber
674 wer in seinen Zielen beliebig und unberechenbar ist, verliert Vertrauen; er wird austauschbar
675 und damit verzichtbar. Wir brauchen Repräsentanten, die durch ihre Biografie und ihre
676 inhaltliche Fundierung Standpunkte verkörpern und glaubhaft vorleben. Dazu genügt es nicht,
677 die Werte unserer Volkspartei auf einem Transparent vor sich herzutragen. Vielmehr muss in
678 allen Flügeln der Union deutlich werden, dass die Vertreter der Arbeitnehmer, der Wirtschaft
679 und des Mittelstandes, der Konfessionen, der Jungen und der Senioren, der Frauen und der
680 Studierenden fest auf einem gemeinsamen Fundament stehen, welches Ausgangspunkt jeder
681 Argumentation und jedes politischen Handelns ist.

682

683 **5.7 Wir fordern: Nachhaltigkeit als neue historische Aufgabe der CDU!**

684 Der Zusammenhalt in unserer CDU wurde immer auch durch historische Aufträge und
685 Projekte gestärkt, denen sich jeder Christdemokrat zuallererst verpflichtet fühlte – ganz
686 gleich welchem Parteiflügel, welcher Vereinigung, welcher Interessensgruppe oder welchem
687 Regionalverband er angehörte. Diese historischen Aufträge waren: deutsche und europäische
688 Einigung, Westbindung, Wirtschaftswunder und Aufbau der soziale Marktwirtschaft – um nur
689 die wichtigsten zu nennen. Außerordentlich erfolgreich haben wir alle diese Projekte mit
690 Leben erfüllt.

691

692 Wir glauben: Die inhaltliche Ziellosigkeit und das Gefühl fehlender Zusammengehörigkeit in
693 der CDU hat viel damit zu tun, dass wir nicht mehr wissen, was dieser Auftrag für uns heute
694 ist. Wir brauchen wieder die integrative Kraft eines historischen Projektes! Was könnte dies
695 sein?

696

697 Die Junge Union setzt sich schon lange für ein Thema und eine Idee ein, ohne deren
698 Verwirklichung wir unsere Zukunft nicht gestalten können: die Nachhaltigkeit aller
699 politischen Entscheidungen. Die Idee einer Politik der Nachhaltigkeit ist gleichermaßen von
700 ökonomischer wie ökologischer Brisanz. Ohne nachhaltige Umweltpolitik missachten wir
701 unsere Verantwortung für die Schöpfung. Ohne nachhaltige Finanzpolitik wird den künftigen
702 Generationen jene materielle Basis entzogen, ohne die es ihnen unmöglich ist, dass sie selbst

703 ihr Leben frei gestalten können. Deshalb fordern wir die Schuldenbremse in der
704 Landesverfassung!

705
706 Nachhaltigkeit ist eine neue, wesentliche Dimension von gerechter Wirtschafts- und
707 Sozialpolitik. Wir müssen für unser politisches Handeln unseren Gerechtigkeitsbegriff
708 erweitern. Gerechte Politik bedeutet eben nicht nur, allen Schichten und Gruppen der
709 gegenwärtigen Gesellschaft gerecht werden zu wollen, wenn Güter und Lasten verteilt
710 werden. Sondern Nachhaltigkeit bedeutet immer auch: An die zukünftigen Generationen
711 denken! Nicht auf ihre Kosten leben! Dabei dürfen niemals die Generationen gegeneinander
712 ausgespielt werden. Denn auch zukünftige Generationen dürfen nicht auf Kosten von denen
713 leben, die jetzt auf Solidarität angewiesen sind. Denn Solidarität muss für alle gelten – in der
714 Gegenwart und in der Zukunft!

715
716 Das neue historische Projekt der CDU muss eine Politik der Nachhaltigkeit sein. Wir fordern:
717 Jede politische Entscheidung, die heute getroffen wird, muss dahingehend überprüft werden,
718 ob sie der Idee der Nachhaltigkeit entspricht.

719
720

721 **6. Zusammenhalt stärken – ein neues „WIR“-Gefühl!**

722 **6.1 Wir fordern die „Familie CDU“!**

723 Bundeskanzler Helmut Kohl hat die CDU immer als seine „Familie“ bezeichnet. Dies war nie
724 als genaue Zustandsbeschreibung gemeint, sondern als Lebensgefühl innerhalb der Christlich-
725 Demokratischen Union: ein Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts für jeden, der
726 Mitglied dieser CDU ist! Ohne dieses Gefühl und dessen Bestätigung in unmittelbarem
727 Handeln innerhalb und als Partei, wird die Initiative jedes Einzelnen immer weiter
728 zurückgehen. Die CDU muss alles dafür tun, dass dieses „WIR“-Gefühl nicht bloß zu
729 Wahlkampfprüchen degradiert und als Physik der Macht genutzt wird. Überzeugung und
730 Initiative können nur entstehen, wenn ein gemeinsamer Wertekonsens vorhanden ist, auf
731 dessen Basis die politischen Richtungsentscheidungen der CDU gefällt werden. Dann
732 erscheint die CDU für ihre Mitglieder als Multiplikatoren in der Gesellschaft als glaubwürdig,

733 nachvollziehbar und vor allem unterscheidbar zu den politischen Konkurrenten.

734

735 **6.2 Wir fordern mehr klare Standpunkte – auch gegen den angeblichen Zeitgeist!**

736 Nur klare Standpunkte und deutlicher Gestaltungswille auf diesem christlich-demokratischen
737 Wertefundament führen letztendlich zu Identifikation und Motivation der Mitglieder, sich
738 auch in komplizierten und schwierigen Situationen und Gegebenheiten für „ihre“ CDU
739 einzusetzen. Dem CDU-Mitglied muss in dieser Phase klar, sein, wofür die CDU steht und
740 wofür der persönliche Einsatz nützt und notwendig ist. Nur so kann ein Gefühl der politischen
741 Heimat und Gemeinschaft entstehen! Nur so entsteht wirkliche Geschlossenheit, die über den
742 individuellen Selbstzweck hinausgeht! Für die CDU ist diese emotionale Bindung mit den
743 Mitgliedern und Sympathisanten ein unabdingbarer Faktor zur Akzeptanz und damit zu
744 Wahlerfolgen.

745

746 **6.3 Wir fordern: Die „Gemeinschaft der Grundwerte“ als Schlüssel der Volkspartei!**

747 Die CDU darf keine reine Interessengemeinschaft oder pure Klientelpartei für einen
748 bestimmten gesellschaftlichen Bereich sein. Als Volkspartei hat die CDU immer ihre Stärke
749 aus den Grundüberzeugungen der konservativen, christlich-sozialen und liberalen Wurzeln
750 gezogen. Die innere Verbundenheit und das gemeinsame Suchen nach Lösungen
751 unterscheiden uns maßgeblich von den politischen Konkurrenten. Es stärkt unseren Charakter
752 als Volkspartei und erhöht unsere Bindekraft in der Gesellschaft. Gemeinsam kämpfen wir für
753 eine christlich-demokratische Politik! Diese „Gemeinschaft der Grundwerte“ in unserer Partei
754 ist die Basis für ein Gemeinschaftsgefühl, das über kurzzeitige Störungen hinaus bestehen
755 bleibt und ständig in aktueller Politik bestätigt werden muss.

756

757 **6.4 Wir fordern eine Mitgliederbefragung zum Zustand der Partei und Zukunftswünschen 758 der Mitglieder!**

759 Nur durch eine wirkliche Befragung aller Mitglieder zu bestimmten Themenfeldern wie
760 Organisationsgrad der Untergliederungen, inhaltlicher Ausrichtung und
761 Veränderungswünschen etc. kann die CDU sich auch als eine Partei organisieren und eine
762 Politik betreiben, die auf die Zukunft ausgerichtet ist. Die Junge Union NRW hat dies mit
763 großem Erfolg bei ihren Mitgliedern durchgeführt. Der Landesvorstand der JU wird

764 beauftragt, dies im CDU-Landesvorstand anzuregen.

765

766 **6.5 Wir fordern: Stärkung der Vereinigungen durch einen „Tag der Vereinigungen“!**

767 Mit den Vereinigungen hat die CDU die breiteste Verankerung in den gesellschaftlichen
768 Gruppen und Strömungen. Sie tragen maßgeblich mit ihren verschiedenen Ansätzen zur
769 Beantwortung der Zukunftsfragen einer modernen Volkspartei bei. Dieses große Potential gilt
770 es besser zu nutzen und auszubauen! Deswegen erachten wir es als sinnvoll, einen Tag der
771 Vereinigungen auf den jeweiligen Funktionsebenen (Landes-, Bezirks- und Kreisebene) der
772 Partei einzuführen, bei denen die jeweiligen Vorstände miteinander tagen und über
773 zukünftige Projekte und Problemstellungen beraten. Der JU-Landesvorstand wird beauftragt,
774 dies im CDU-Landesparteitag zu beantragen.

775

776

777 **7. Volkspartei bleiben!**

778 Meinungs- und Parteienforscher verkünden landauf, landab das Ende der Idee „Volkspartei“:
779 In einer Gesellschaft, die sich zunehmend in unterschiedliche Milieus aufsplittert, in der sich
780 die Menschen immer stärker nur an individualistischen Lebenskonzepten orientieren, verliert
781 die klassische Volkspartei an Attraktivität.

782

783 Wir haben mit diesem Antrag wichtige Anstöße gegeben und Ideen geliefert, wie die CDU
784 dieser Falle entkommen kann. Denn wir sind fest davon überzeugt: Die Idee „Volkspartei“ ist
785 keine altmodische und unzeitgemäße Idee. Denn hier steht zu viel auf dem Spiel! Unsere
786 Gesellschaft darf auf die integrative Kraft von Volksparteien nicht verzichten. Deshalb müssen
787 wir Volkspartei bleiben! Das ist nicht nur die Verantwortung, die die CDU hat, sondern auch
788 eine Chance, die sich ihr bietet – gerade wenn andere Parteien dieses Ideal aufgegeben
789 haben! Es geht immer um mehr, als um reine Mehrheitsarithmetik. Es geht um den
790 Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes!